Johannes Schraps.

Bundestagsabgeordneter für das Weserbergland.

Newsletter 18/20

10. November 2020

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freunde,

weltweit, aber auch in Deutschland steigt die Zahl der Corona-Infektionen weiter an. Viele Gesundheitsämter stoßen bei der Kontaktnachverfolgung von Corona-Infizierten an ihre Grenzen. Deshalb haben sich Bund und Länder auf Maßnahmen geeinigt, die dringend nötig sind, um die Welle zu brechen. Es sind geeignete, begründete und befristete Maßnahmen. Restaurants, Bars, Freizeiteinrichtungen und Kulturbetriebe müssen im November geschlossen bleiben – Orte, an denen viele Menschen unterschiedlichen Alters zusammenkommen. Geschäfte, Kitas und Schulen bleiben im Regelfall offen. Und es gibt finanzielle Hilfen für all diejenigen, die in den nächsten Wochen kein Geld verdienen können. Dafür nimmt der Bund bis zu zehn Milliarden Euro in die Hand. Zudem verlängert die Bundesregierung die bereits bestehenden Überbrückungsmaßnahmen. Niemand wird mit den Folgen der Krise alleingelassen.

Seit Monaten beraten wir in enger Abstimmung mit Gewerkschaften und Betriebsräten, welche Maßnahmen nötig sind, um Arbeitsplätze in der Automobilindustrie zu sichern. Wir sind überzeugt: Es braucht dafür regionale Förderprogramme, passgenaue staatliche Unterstützung auch der betroffenen Regionen und gute Weiterbildung und Qualifikation. Wer Strukturen so maßgeblich verändert, muss die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mitnehmen. Dafür wird sich die SPD-Bundestagsfraktion gemeinsam mit den Gewerkschaften, aber auch den SPD-Wirtschaftsministerinnen und der Länder beim kommenden Autogipfel stark machen.

Letzte Woche haben die US-Amerikaner ihren Präsidenten gewählt. Ich muss sagen: Das Ergebnis ist eine große Erleichterung. Die vierjährige Amtszeit Donald Trumps hat tiefe Spuren hinterlassen: Polarisierung, Hass, der sich auch in Gewalt entlädt, aber auch wachsende Ungleichheit prägen mehr und mehr den Alltag in der amerikanischen Gesellschaft. Wir alle hoffen, dass mit Joe Biden nun wieder ein anderer Umgang einkehrt. Nichtsdestotrotz: Eine mögliche Verbesserung der transatlantischen Beziehungen nimmt Europa nicht aus der Pflicht, enger zusammenzurücken und mehr Verantwortung in der Welt zu übernehmen. Im Gegenteil: Nicht erst seit Trump orientieren sich die USA außenpolitisch um. Wir wollen Europas Souveränität nach Außen stärken. Zur Überwindung globaler Herausforderungen ist ein proaktives souveränes Europa essenziell.

Bleibt gesund und viel Spaß beim Lesen!
Mit herzlichen Grüßen

Johannes Schraps

Euer Johannes

Inhaltsverzeichnis

Seite 2 — Digitalkonferenz „Europa“ der SPD-Bundestagsfraktion
Seite 3 — Rede zum Risikoreduzierungsgesetz
— Patenschaft für belarussischen politischen Gefangenen
Seite 4 — Kunst in Hameln
— Besuch der Bergbräu-Brauerei in Uslar
Seite 5 — Treffen mit USA-Stipendiaten
Seite 6 — Themenüberblick Bundestag
Seite 7 — Besuch von O-I Glasspack in Holzminden

Ihr findet mich auch bei :

DIGITALKONFERENZ EUROPA DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Die Corona-Pandemie ist eine beispiellose gesundheitliche, ökonomische und soziale Krise. Dennoch: Auch im Angesicht dieser Krise müssen und wollen wir über unsere langfristigen Ziele und Herausforderungen diskutieren, für Deutschland und auch für Europa. Die aktuelle deutsche EU-Ratspräsidentschaft ist dafür eine gute Gelegenheit.

Wie kommen Deutschland und Europa solidarisch und gestärkt aus der Krise? Was sind unsere gemeinsamen europäischen Antworten auf die epochale Herausforderung des Klimawandels und wie schaffen wir eine echte sozial-ökologische Transformation, die Nachhaltigkeit und gute Arbeit zusammen bringt? Und nicht zuletzt: Wie kann Europa in einer teils auseinanderbrechenden internationalen Ordnung bestehen und souverän für seine, für unsere, Werte und Interessen einstehen?

Diesen europapolitischen Herausforderungen unserer Zeit wollen wir uns stellen. Wir freuen uns, diese Fragen mit Stimmen aus Bundesregierung, EU-Kommission, Bundestagsfraktion, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zu diskutieren.

Am **Mittwoch, den 11. November,** sprechen wir dazu unter anderem mit Olaf Scholz, Svenja Schulze, Heiko Maas und Frans Timmermans.

Die Veranstaltung wird per Livestream unter www.spdfraktion.de/zukunfteuropa und auf den Twitter- und Facebook-Accounts der Fraktion verfügbar sein. Schaltet euch gerne mit rein und nehmt gemeinsam mit mir an der Veranstaltung teil. Eine Anmeldung ist nicht nötig.

REDE ZUM RISIKOREDUZIERUNGSGESETZ IM BUNDESTAG

Die wichtigen Beschlüsse des EU-Bankenpaketes, die Finanzminister Olaf Scholz auf europäischer Ebene verhandelt hat, haben wir in der letzten Woche in Berlin mit dem Risikoreduzierungsgesetz in nationales Recht umgesetzt. Nachdem wir das Gesetz Anfang Oktober in der 1. Lesung debattiert hatten, wurde das Gesetz nun in der 2. und 3. Lesung beschlossen. Für mich war es das erste große Gesetz, dass ich als zuständiger Berichterstatter im Finanzausschusses des Deutschen Bundestag maßgeblich mitverhandeln konnte. Wie der Titel schon sagt, trägt das Gesetz zur Reduzierung von Risiken im Bankensektor bei, stärkt aber gleichzeitig die Ausgewogenheit bei der Bankenregulierung. Zur Risikoreduzierung werden die Kapital- und Liquiditätsanforderungen für Banken gestärkt. Dadurch sollen Banken in Stressphasen besser abgesichert sein. Die Kosten einer Bankenrettung sollen von den Gläubigern und Eigentümern einer Bank sowie aus dem Bankensektor selbst und nicht vom Steuerzahler gezahlt werden. Verlustpuffer von mindestens 8 Prozent ihrer Bilanzsumme und eine verbindliche Verschuldungsobergrenze von 3 Prozent der Bilanzsumme müssen künftig einhalten werden. Die Widerstandsfähigkeit von Banken in Stresssituationen wird gestärkt und Verbraucher besser geschützt. Denn gerade in der COVID-Pandemie merken wir, wie wichtig ein besser abgesicherter Bankensektor ist.

PATENSCHAFT FÜR BELARUSSISCHEN POLITISCHEN GEFANGENEN

Bereits seit zwei Monaten gehen Belarussinnen und Belarussen auf die Straße und demonstrieren für freie und faire Wahlen in ihrem Land. Diesem friedlichen Protest begegnet das Regime immer wieder mit großer Gewalt. Mehr als hundert Menschen sind aufgrund ihres politischen Engagements inhaftiert. Was das Regime von Lukaschenko nach einer offensichtlich undemokratisch verlaufenen Wahl veranstaltet, ist inakzeptabel und darf nicht toleriert werden.

Deswegen nehme ich an der Solidaritäts-Kampagne #WeStandBYyou der deutsch-schweizerischen Menschenrechtsorganisation „Libereco – Partnership for Human Rights“ teil. Im Rahmen der Kampagne übernehmen Abgeordnete europäischer Parlamente Patenschaften für politische Gefangene in dem EU-Nachbarstaat. Ich habe die Patenschaft für Pavel Yukhnevich, Mitglied der Öffentlichen Bewegung "Europäisches Belarus", übernommen. Am 25. September wurde er als aktiver Teilnehmer an der Kundgebung festgenommen. Jetzt drohen ihm drei bis acht Jahre Gefängnis. Pavel Yukhnevich gehört somit zu denjenigen, die aufgrund ihres politischen Engagements in Haft sind. Ich fordere die sofortige Freilassung von Pavel und von allen anderen politischen Gefangenen, die in Belarus für ihre Rechte, für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit kämpfen.

HAMELNER KUNST

Unter dem Motto „Kaffee ist Kunst“ hatte der junge Hamelner Fotokünstler Jonathan Koerntgen im Frühjahr Bilder in der Kaffeebar „Die Barista“ in Hameln ausgestellt. In den überwiegend in schwarzweiß gehaltenen Bildern hat er nicht nur Momente des Stadtlebens aus Hameln eingefangen, er drückt in den Fotos auch immer wieder seine eigene Stimmung aus. Bei der Eröffnung der Ausstellung hatte ich mir selbst ein Bild von der Fotokunst gemacht und die Bilder sind mir seither im Kopf geblieben. Deshalb habe ich nun drei Bilder gekauft, die mir Jonathan vor kurzem in meinem Büro in Hameln übergeben konnte. Es sind drei Bilder aus der Hamelner Innenstadt, die mit den Lichtverhältnissen spielen und u.a. das Hochzeitshaus und den Pferdemarkt abbilden. Besonders freue ich mich darüber, dass sich Jonathan mittlerweile dem Hamelner Künstlerkollektiv Artes Wesera angeschlossen hat. Kunst lebt durch Austausch und Inspiration.

BESUCH DER BERGBRÄU-BRAUEREI IN USLAR

Öffentliche Veranstaltungen fallen derzeit fast komplett aus und auch die Einschränkungen in der Gastronomie wirken sich nicht nur dort, sondern auch an anderer Stelle aus. In der Getränkebranche und bei den Brauereien. Neben der Brauerei Allersheim habe ich mit der Bergbräu-Brauerei in Uslar eine weitere regional verankerte Brauerei besucht, um mich ganz konkret über die Auswirkungen der Corona-Situation zu informieren. Gemeinsam mit Sven Borchert, Hanna Antoniades und Marlon Weifenbach von der SPD Uslar habe ich mit Geschäftsführer Jörg Tietz über die schwierige Situation mit Corona gesprochen. Obwohl die kleine Privatbrauerei längst nicht so viele Hektoliter Bier produziert, wie die großen „Fernseh-Brauereien“, ist das Bier im ganzen Land überaus beliebt. Das konnten wir beim spontanen Besuch der Reporter-Legende Rolf Töpperwien in Uslar erfahren. Grade hatte ich in der aktuellen Ausgabe des 11 FREUNDE-Fussballmagazins noch über seine waghalsigen Reportereinsätze gelesen und auf einmal steht der bekannte Fernsehjournalist vor der Tür der Brauerei. Der 70 -Jährige ist Mitglied im Pro-Bier-Club und bekommt darüber regelmäßig neue Bierkreationen aus kleinen Brauereien zugesandt. Da ihm das Bergbräu-Bier besonders gut geschmeckt hat, nahm er nun bei der Durchreise von Verwandten in Einbeck zurück nach Hessen auch einige Kisten Bergbräu mit. Für uns war es ein kurzer, sehr offener Austausch bei dieser spontanen Begegnung. Töpperwien berichtete für das ZDF Sport von insgesamt 1444 Bundesligaspielen. Sein Markenzeichen waren die markante Stimme und die laute und teils schrille Kommentierung von Spielen. Die Stimme ist heute manchmal noch in Fußballarenen zu hören, wenn Töpperwien als Stadionsprecher agiert.

TREFFEN MIT USA-STIPENDIATEN EMILY BUXTON UND AARON RESCHKE

Die US-Wahlen haben nach einigen Tagen ein Ergebnis gebracht. Und ich freue mich sehr, dass Joe Biden- als neuer US-Präsident und Kamala Harris als Vize-Präsidentin ab dem 20. Januar 2021 die Vereinigten Staaten von Amerika auf internationaler Ebene repräsentieren werden. Ich hoffe sehr, dass damit der Umgang in der amerikanischen Gesellschaft, aber auch darüber hinaus wieder respektvoller und sachlicher wird. Normalerweise hätten zwei junge Menschen aus unserer Region diese spannenden Zeiten in den USA direkt vor Ort miterleben können. In diesem Jahr konnte ich aufgrund der Corona-Situation aber leider niemanden aus dem Weserbergland über das Parlamentarische Patenschafts-Programm (PPP) des Deutschen Bundestags in die USA schicken. Mit „meinen“ Stipendiaten habe ich mich aber trotzdem getroffen. Aaron Reschke aus Wiensen bei Uslar wollte mit dem Stipendium des Bundestages als Schüler ein Austauschjahr in den USA verbringen. Emily Buxton aus Lauenförde wollte über das Programm für junge Berufstätige in die USA. Obwohl das diesjährige Programm ausfallen musste, habe ich zwei wunderbare und aufgeweckte junge Menschen kennenlernen dürfen, die sicher auf ihre Weise trotzdem ihre Erfahrungen machen und ihren Weg gehen werden. Bei Familie Reschke war ich vor Kurzem zum Kaffee und Kuchen eingeladen, so dass wir uns noch ein klein wenig austauschen konnten. Danke lieber Aaron und danke liebe Emily. Wir bleiben in Kontakt!

Das Parlamentarische Patenschafts-Programm gibt seit dem Jahr 1983 (meinem Geburtsjahr) jedes Jahr Schülerinnen und Schülern sowie jungen Berufstätigen die Möglichkeit, mit einem Stipendium des Deutschen Bundestages ein Austauschjahr in den USA zu erleben. Zeitgleich sind junge US-Amerikaner zu einem Austauschjahr zu Gast in Deutschland. Die Abgeordneten aus den jeweiligen Regionen übernehmen Patenschaften für die jungen Menschen. Das PPP ist ein gemeinsames Programm des Deutschen Bundestages und des US-Congress. Es steht unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier. Wenn ihr Interesse habt, dann könnt ihr euch für das kommende Jahr bewerben.

Solidarität mit den Menschen in Belarus

Belarus ist immer noch nicht zur Ruhe gekommen. Auch knapp zweite Monate nach den gefälschten Präsidentschaftswahlen gehen die Menschen auf die Straße, um gegen Aljaksandr Lukaschenka zu protestieren. Polizei und Sicherheitskräfte greifen weiterhin hart durch: Bis Ende Oktober ist die Zahl der Inhaftierten auf rund 15.000 gestiegen. In einem Antrag der Bundestagsfraktionen von CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen fordern wir die belarussische Staatsführung auf, alle politischen Gefangenen umgehend freizulassen, Gewalt und Repressionen gegen die Zivilgesellschaft, Nichtregierungsorganisationen und unabhängige Medien umgehend zu beenden sowie faire und freie Neuwahlen unter internationaler Wahlbeobachtung durch die OSZE zuzulassen. Damit soll ein Zeichen der Solidarität mit den Menschen in Belarus gesetzt und ihr Wille zur Selbstbestimmung respektiert werden.

Kombiantrag für drei Familienleistungen und wichtige Dokumente

Rund um die Geburt den Zugang zu zentralen Familienleistungen wie Elterngeld, Kindergeld und Namensbestimmung digital zu ermöglichen und Nachweispflichten zu erleichtern – das ist das Ziel des Regierungsentwurfs für ein Digitale -Familienleistungen-Gesetz, der diese Woche in 2. und 3. Lesung beraten wird. Danach sollen die zuständigen Behörden wie Standesämter, Elterngeldstellen, Krankenkassen und die Deutsche Rentenversicherung die jeweils notwendigen Daten abrufen bzw. übermitteln können. Eltern müssen dann weder die Geburtsurkunde ihres Kindes noch ihre Einkommensnachweise übermitteln. Ihnen bleiben damit Wege zu verschiedenen Behörden erspart und sie müssen weniger Formulare ausfüllen. Die Bürgerinnen und Bürger sollen dabei selbst entscheiden können, ob sie den neuen Behördenservice nutzen wollen oder nicht. Mit der neuen benutzerfreundlichen digitalen Anwendung sollen der Zeitaufwand beziehungsweise die Kosten für Bürgerinnen und Bürger sowie für Wirtschaft und Verwaltung reduziert werden. Der Innenausschuss hat zudem einen Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen angenommen, mit dem ein Anliegen des Bundesrates aufgegriffen wurde. Demnach sollen weitere Änderungen des Onlinezugangsgesetzes vorgenommen werden, um den weiteren Digitalisierungsprozess der Verwaltung voranzubringen.

Risiken im Bankensektor reduzieren

Mit einem Gesetzentwurf will die Bundesregierung die Risiken im Bankensektor reduzieren und damit das europäische Bankenpaket in deutsches Recht umsetzen. Durch verschiedene Maßnahmen tragen alle EU-Länder Vorsorge, dass Banken stabilisiert werden und so auch in Krisensituationen angemessen und ohne staatliche Hilfe reagieren können. Dazu hat der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht seit dem Jahr 2010 umfangreiche Maßnahmen zur Stärkung der Eigenkapital- und Liquiditätsstandards für international tätige Banken beschlossen. Auch systemrelevante Banken müssen notfalls abgewickelt werden können, ein „Too big to Fail“ wie in der Finanzkrise soll verhindert werden. Diese Abwicklung soll auch nicht mehr durch die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, sondern die Kapitalgeber der Bank finanziert werden. Das Bankenpaket sieht auch wesentliche administrative Erleichterungen für kleine, nicht komplexe Institute vor. Zur Stärkung der Proportionalität wird erstmals eine klare Definition für „kleine und nicht komplexe Institute“ geschaffen.

Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz

Seit dem 2011 beschlossenen Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz (BQFG) können im Ausland erworbene Berufsqualifikationen besser festgestellt und anerkannt werden. Das führte zu einer besseren Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern in den deutschen Arbeitsmarkt. Gleichzeitig konnte so dem Fachkräftemangel entgegengewirkt werden. Mit dem Gesetzentwurf der Bundesregierung, der in dieser Woche in 2./3. Lesung beraten wird, gehen wir noch weiter. Unter anderem werden die Datenlage zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse vereinheitlicht und bürokratische Strukturen beim Abschluss von Fernunterrichtsverträgen sowie bei digitalen Bildungs-angeboten abgebaut. Zudem ist geplant, für die Fachkräfteeinwanderung aus Drittstaaten die Möglichkeit eines separaten Feststellungsbescheides über die Gleichwertigkeit ausländischer Berufsqualifikationen bei reglementierten Berufen einzuführen.

BESUCH VON O-I GLASSPACK IN HOLZMINDEN

Einen Besuch, über den ich euch noch gar nicht berichtet hatte, möchte ich euch nicht vorenthalten, obwohl er schon einige Zeit her ist. Gemeinsam mit meiner Landtagskollegin Sabine Tippelt war ich beim Glasproduzenten O-I in Holzminden zu Gast. Das Unternehmen ist Weltmarkführer im Bereich der Hohlglasproduktion und baut aktuell eine hochmoderne neue Wanne im Werk in Holzminden. Im Gespräch mit Werksleiter Dr. Cyril Thybaut ging es natürlich auch um die Auswirkungen der Corona - Pandemie. Die hat der Standort bisher jedoch gut überstanden und musste zu keiner Zeit die Produktion stoppen. Natürlich informierten sich die Abgeordneten auch zum Neubau der "Magma-Wanne", die im Bereich der Glasproduktion eine Weltneuheit ist. Eine klassische Wanne lohnt sich nur bei Vollauslastung. Bei der Magma Wanne wird dies anders sein, da es möglich ist, sie flexibel an- und auszuschalten. O-I wird als erster Glashersteller diese Technologie anwenden. Das zeigt, wie innovativ der Standort ist. Durch den Neubau werden zudem 28 neue Arbeitsplätze geschaffen, so dass der Standort Holzminden dann rund 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erreicht. Gemeinsam mit Thybaut und Reiner Zinnecker, dem Produktionsleiter aller deutschen O-I Werke, konnten wir uns im Anschluss auch einen Eindruck vom aktuellen Stand der Baumaßnahmen machen.

Büro Hameln
Heiliggeiststraße 2
31785 Hameln
05151 107 33 99

Büro Holzminden
Obere Str. 44
37603 Holzminden
05531 5030

Büro Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin
030 227 77295

johannes.schraps.wk@bundestag.de

johannes.schraps@bundestag.de

V.i.s.d.P:
Berliner Büro, Johannes Schraps, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Autoren: Heike Beckord, Alexandra Bruns, Philipp Klein, Dr. Irina Knyazeva, Jan-Eric Sauer, Eva Zimmermann